

Änderungsantrag

Öffentlich

Datum

10. Mrz. 2011

Nummer

1805/11

Absender

DIE LINKE
Rathaus
38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

15.03.2011

Betreff

Änderungsantrag zur Vorlage 14184/11
„Erfassung von Leichtverpackungen ...“
ersetzt Änderungsantrag 1781/11

1. Am 01.01.2012 soll in der Stadt Braunschweig eine Wertstofftonne eingeführt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Abstimmungsvereinbarung mit den Systembetreibern zu verhandeln und abzuschließen.
2. Mit der Firma Alba ist eine Vereinbarung zu treffen, wonach die Zuständigkeit über die Sammlung von stoffgleichen Nichtverpackungen ab dem 01.01.2012 auf die Stadt zurück geht. Im Gegenzug erhält Alba die Möglichkeit, mit der Leerung der Wertstofftonne beauftragt zu werden, sofern ein qualitatives und günstiges Angebot von der Firma Alba abgegeben wird. Sollte diese Vereinbarung nicht getroffen werden, erfolgt nur eine Sammlung von Leichtverpackungen im Holsystem.
3. Die Grundlagen über die Sammlung des Restmülls sind so zu verändern, dass eine sinkende Menge an Restabfall zumindest keine höheren – im Idealfall sinkende – Gebühren bedeutet.
4. Die Leerung der Wertstofftonnen erfolgt durch den beauftragten Anbieter. Dabei werden die Tonnen vom Anbieter abgeholt und wieder an ihren Platz gestellt.
5. Sollte die Einführung der Wertstofftonne nicht beschlossen werden, wird die Firma Alba gebeten die Container zukünftig so zu leeren, dass eine Abgabe von Wertstoffen jederzeit (im Rahmen der vorgesehenen Zeiten) möglich ist und nicht durch volle Container unmöglich gemacht wird.

Begründung:

siehe umseitig >>>

- zu 1. Die Verhandlungen sollen von der Verwaltung und nicht von der Fa. Alba geführt werden. Alba ist bislang nur einer von vielen Bietern im DSD-Ausschreibungsverfahren. Somit ist klar, dass bei Alba ein hohes Interesse bestehen dürfte, diese Ausschreibung auszuhebeln, indem Alba für die Stadt verhandelt. Und dass bei diesen Verhandlungen die städtischen Belange im Vordergrund stehen, wird bezweifelt.
- zu 2. Durch die Privatisierungsverträge ist ALBA für die Sammlung der stoffgleichen Nichtverpackungen zuständig. Dadurch wäre ALBA auch zuständig, wenn diese stoffgleichen Nichtverpackungen zusammen mit den Leichtverpackungen gesammelt würden und könnte die Bedingungen diktieren. Dies muss unbedingt vermieden werden. Deshalb soll Alba entweder auf die Sammlung der Nichtverpackungen verzichten oder es werden nur die Leichtverpackungen gesammelt und das DSD schreibt die Sammlung aus.
- zu 3. Wenn geringer werdender Restmüll automatisch zu höheren Gebühren führt, dann kann das ganze System nicht richtig sein und muss überarbeitet werden.
- zu 4. Wo Holsystem draufsteht, muss auch Holsystem drin sein. Eine zusätzliche Belastung von Mietern und Hauseigentümern ist unangebracht und widerspricht auch dem Anliegen der Umstellung von einem Bring- auf ein Holsystem.
- zu 5. erfolgt mündlich

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender